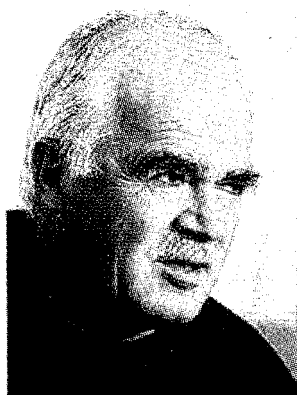


DONNERSTAGSKOLUMNE

Ansichtssache(n)



Heute: Peter Gauweiler

Was die CSU jetzt tun muss

An dieser Stelle schreiben jeden Donnerstag im Wechsel Peter Gauweiler (CSU), Christian Ude (SPD), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Sepp Daxenberger (Bündnis 90/Die Grünen)

Berliner Tagebuch, Montag, 26. November: In der bayerischen Vertretung in der Behrenstraße wird zum 100. Mal der Abschied von Edmund Stoiber zelebriert. Eine Feuerwehrkapelle spielt „Als Böhmen noch bei Österreich war“ und „Wochenend und Sonnenschein“. So hat man die CSU gern in Berlin. Angela Merkel streicht sich den Hosenzug zurecht und flötet über den nach Brüssel entrückten lieben Edmund: „Es hat Spaß gemacht“ und „Wir waren ein deutsch-deutsches Paar“. Nockherberg in Vorpommern. Stoiber antwortet mit einer Liebeserklärung an die CDU, welche die anwesenden CSUler die Augen verdrehen lässt: „Der Weg von Kreuth hätte die CSU zu einer rechten Randpartei gemacht.“

Was natürlich Quatsch ist. Tatsächlich war der Weg von Strauß in den 70er- und 80er-Jahren in allen Landesverbänden der CDU eine hochattraktive Alternative. Eine „rechte Randpartei“ wurde dagegen ganz schnell die von den Strauß-Nachfolgern gegründete ostdeutsche DSU. Eine Verlegenheitslösung, mit der man einer in den

frisch befreiten DDR-Ländern gegründeten CSU in Sachsen und in Thüringen das Lebensrecht entzog.

Angela Merkel sagt zum Abschied noch „ein herzliches unglaubliches Dankeschön“ und dass die CSU gekennzeichnet habe, „mit unerwarteten Vorschlägen die Szene zu bereichern“. Wohlwollender hätte es die Handarbeitslehrerin meiner Schwester auch nicht ausdrücken können. Politikconfiture, fuderweise Süßholz! Aber mit Schaumgebäck ist der bayrische Löwe nicht bei Laune zu halten. Das sollte die neue CSU-Führung nie vergessen. Drei Tips für die nächste Woche:

1. Zur Steuerreform: Die Erbschaftsteuer gehört abgeschafft. Insbesondere bei Erbschaften innerhalb der Familie. Unsere Nachbarländer haben das längst getan. Der aktuelle Vorschlag ist gegen die Interessen der bürgerlichen Bevölkerung, insbesondere der Familien und übrigens auch gegen das staatliche Interesse Bayerns. In Bayern wählt niemand die CSU, damit – ausgerechnet mit ihrer Hilfe – das Erben

und Vererben von Privathäusern und Gewerbeimmobilien selbst im engsten Familienkreis höher besteuert wird als bisher. Es ist nicht gerecht, wenn ein Erbe von „gebundenem“ Vermögen, Landwirte, Gewerbetreibende oder die Nachkommen eines Immobilienbesitzes ihr elterliches Erbe hoch beleihen oder gar verkaufen müssen, um dem

Staat die sofort fällige Erbschaftsteuer zu bezahlen. Selbst der Minimalvorschlag, die Erbschaftsteuer erst dann zu erheben, wenn der Erbe „Kasse machen“ kann, also beim Verkauf, ist im Koalitionsentwurf nicht berücksichtigt.

Tatsächlich sollte diese Steuer von den Ländern geregelt werden, denen ja auch der Ertrag zukommt. Die CDU/CSU-Fraktion hatte richtigerweise gefordert, dass im Zuge der Zweiten Föderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz für diese Ländersteuer nach Art. 106 Abs. 2 GG auf die Bundesländer übergeht. Dann können die Länder entscheiden. Bayern trägt heute schon allein die Kosten der Erhebung dieser Steuer, muss aber 80 Prozent dieser Einnahmen an den Länderfinanzausgleich abführen.

2. Krieg und Frieden: Helmut Schmidt hat recht. Wir müssen den Trend zu immer mehr Bundeswehreinheiten im Ausland stoppen. Schon vor einem Jahr haben die CSU-Bundestagsabgeordneten einstimmig „Leitlinien“ für Bundeswehreinheiten ver-

Münchener Merkur / 29.11.2007

abschiedet, mit denen eine Überprüfung bevorstehender und laufender Einsätze nach klaren Kriterien gefordert wurde. Also auch kein Einsatz mehr ohne Ausstiegsszenario. Hier haben der CDU-Verteidigungsminister und der SPD-Außenminister eine Bringschuld. Gerade viele Angehörige und Wähler der CSU stehen der erst unter Rot-Grün mit der Bombardierung von vier jugoslawischen Städten begonnenen militärischen Interventionspolitik mehrheitlich kritisch und ablehnend gegenüber. Und in unserem unmittelbaren inner-europäischen Umfeld dürfen wir die neue demokratische Regierung in Belgrad heute nicht schlechter behandeln, als wir die vom Westen hoffierten Kommunisten unter Tito behandelt haben.

3. EU-Vertrag: Vor der geplanten Neuauflage des gescheiterten EU-Verfassungsvertrages müssen dessen Schwächen korrigiert werden. Im Bereich der sogenannten ausschließlichen Zuständigkeiten (etwa Außenwirtschaftspolitik, Wettbewerbspolitik und damit in Zukunft auch der Bereich der

Daseinsvorsorge wie Post und Bahn) soll nach diesem Vertrag nur die EU als eigenständiger Gesetzgeber allen europäischen Völkern Vorschriften machen dürfen. „Die Mitgliedstaaten dürfen in einem solchen Fall nur tätig werden, wenn sie von der Europäischen Union hierzu ermächtigt werden, oder um Rechtsakte der Union durchzuführen“ (so Art. 2 Abs. 1 des neuen „Vertrages über die Arbeitsweise der EU“ – VAEU). Dann geht aber das Recht nicht mehr „vom Volk aus“, wie das Art. 20 Abs. 2 S. 1 Grundgesetz vorschreibt, sondern „von der EU aus“.

Das verkehrt ins Gegenteil, wofür die föderalistische CSU über Jahrzehnte gestritten und gefochten hat. Der bayerische Volksgesetzgeber hat die Forderung nach einem „Europa der Regionen“ sogar in die Bayerischen Verfassung geschrieben (Art. 3a BV).

Fazit: Die CSU kann ganz aktuell viel für ihre Stammkundschaft tun. Ihre Entscheidungsträger müssen es nur wollen. Alle Politik beginnt mit dem Aussprechen dessen, was notwendig ist.